Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 151. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 2. Juli 1931. | 13. Jahrgang.

Wir alle sind klug, andere zu ermahnen, aber wenn wir selbst fehlen, erkennen wir es nicht. Euripides.

Umschau.

Im Schatten der Katastrophe. — Zwölf Jahre Versailles! — Krise des Hooverplanes. — Frankreichs Gegenstoß. — Auch die deutsche Bankwelt für Revision der Tributfrage. — Vernunft oder Unvernunft? — Weg mit der Kriegsschuldlüge! —

Wie nahe wir vor dem völligen Zusammenbruch standen, das wird man jetzt auch aus jenen Blättern gewahr, die bis dahin immer so taten, als ob alles in bester Ordnung wäre, wenn auch — infolge der Weltkrise natürlich! — manches zu wünschen übrig lasse, so z. B. die verheerende Arbeitslosigkeit, die erschreckende Zahl der Konkurse, der katastrophale Stand der öffentlichen Finanzen usw. Man beruhigte das Volk mit dem Hinweis, daß es „sachlich" regiert werde, daß es zwar im Augenblick nicht auf Rosen gebettet sei, daß sich das aber alles schon wieder machen werde, wenn die weltwirtschaftliche Depression einer neuen Konjunkturbelebung weichen würde und damit Arbeitsmöglichkeiten auch wieder für die deutschen Erwerbslosen gegeben wären. Gewiß, man trat gelegentlich auch einmal für den Antrag eines Tributmoratoriums, vielleicht auch für eine allgemeine Tributrevision ein — sogar mit dem Gedanken einer offiziellen Neuaufrollung der Kriegsschuldlüge ist vor langen, langen Monaten einmal gespielt worden — aber es ist dann schließlich doch alles beim alten geblieben, was zur Folge hatte, daß die Situation immer unhaltbarer wurde und immer neue Notverordnungen erlassen werden mußten, um den Ausbruch der offenen Katastrophe, so lang es irgend ging, hinauszuschieben. Wir haben in Anbetracht der Verhältnisse, in denen wir uns nun einmal befinden, die Notwendigkeit solcher Ausnahmeverordnungen niemals bestritten, auch wenn wir — und zwar aus sozialen Gründen — uns mit manchen Punkten gerade auch der letzten Notverordnung (man denke nur an die armen Opfer des Weltkrieges!) nicht befreunden können. Aber eins haben wir immer wieder offen ausgesprochen: daß wir an eine wirkliche Rettung des deutschen Volkes und an eine endgültige Ueberwindung unseres Massenelendes ohne durchgreifende Revision der Tribut- und Friedensdiktate nicht glauben! Wir bekennen uns auch heute noch zu dieser Auffassung. Man spricht heute in gewissen politischen Kreisen so gerne von der „Notwendigkeit des Umlernens", von „neuer Atmosphäre", von „neuen Konstellationen" usw. — all diese, ach, so alten „Neuigkeiten" nutzen uns keinen Deut, solange das eine Alte bestehen bleibt, das am vergangenen Sonntag vor zwölf Jahren unterschrieben wurde — jenes Werk eines uferlosen Hasses, das Clémenceau selbst als die „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln" bezeichnet hat, und das den verstorbenen ehemaligen Reichskanzler Hermann Müller in Versailles die Worte aussprechen ließ: „Wir alle, unser ganzes Volk, stehen heute am Aufbruch zu einem vierzigjährigen Marsch durch die Wüste!" — Wir glauben nicht zu übertreiben, wenn wir sagen, daß sich dieser „Wüstenmarsch" inzwischen als ein „Todesmarsch" nicht nur für das deutsche Volk, sondern für die gesamte abendländische Kulturwelt entpuppt hat.

Aus dieser Erkenntnis heraus ist auch der Schritt Hoovers zu begreifen, den nun auf einmal auch jene Blätter und Zeitschriften als die „Rettung Deutschlands vor der sicheren Katastrophe" bezeichnen, die noch bis vor kurzem von einer solchen Katastrophe nichts wissen wollten und das deutsche Volk mit den abgegriffensten Redensarten über seine wahre, todernste Lage hinwegzutäuschen suchten. Nun mit einem Mal wird eine Katastrophe zugestanden, in der wir mitten drin standen, von der man aber nicht reden durfte, wenn man nicht Gefahr laufen wollte, als sturer Renitent oder verantwortungsloser Volksschädling verschrien zu werden. Nun auf einmal wird zugegeben, daß unsere Währung hart am Kippen war, daß man drauf und dran war, die gesetzliche vierzigprozentige Deckung unserer Banknoten herabzusetzen, daß nicht nur die Wirtschaft, sondern auch der Staat als solcher in seinen Grundfesten wankte und der Bolschewismus greifbar vor der Türe stand. „Die Dinge hatten sich zur unmittelbaren Katastrophengefahr zugespitzt," schreibt der demokratische „Deutsche Volkswirt", . . . „Deutschland ist gerettet!" — Wirklich, — gerettet? . . . Wollte Gott, es wäre so. Aber an eine endgültige Rettung Deutschlands vermögen wir vorerst nicht zu glauben.

Wenn schon der Hooverplan in seiner ursprünglichen Gestalt nur als ein begrüßenswerter Schritt oder auch als erfreulicher Anfang bezeichnet werden konnte, der hinsichtlich Deutschlands endgültiger Befreiung noch manches Fragezeichen offen ließ, so hat der — vorsichtig ausgedrückt — nicht ganz erfolglose Gegenstoß der Franzosen diese Fragezeichen gewiß nicht kleiner gemacht. Frankreich hat zunächst mit seinem starrsinnigen Festhalten an den „Verträgen" das eine erreicht: daß man mit ihm verhandelt! Frankreich hat die amerikanische Aktion in eine diplomatische Gefahrenzone hineinmanövriert, aus welcher der Hooverplan wohl kaum ohne die eine oder andere Havarie herauskommen wird. Der Leidtragende ist Deutschland. Von einer 1,5 Milliarden-Ersparnis ist denn auch jetzt schon keine Rede mehr. Die Ersparnis wird jetzt zum Teil auf 1,1 Milliarden, zum Teil sogar nur noch auf 900 Millionen geschätzt. Es wäre jedoch verfrüht, hierüber etwas Endgültiges zu sagen, solange die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Im Augenblick jedenfalls sieht es sehr böse aus. Nach den letzten Berichten über die amerikanisch-französischen Verhandlungen in Paris scheint infolge der unnachgiebigen Haltung Frankreichs die gesamte Hoover-Aktion ernstlich in Frage gestellt. Wir können vorerst nichts anderes als uns an die Hoffnung klammern, daß der französische Gegenvorschlag, der — theoretisch — einer Annahme des Hooverplanes gleichkommt, praktisch aber die Fortzahlung der ungeschützten Tributsummen auch während des „Freijahres" bedeutet, als das erkannt und abgelehnt wird, was er in Wirklichkeit ist: nämlich als ein typischer Ausfluß des haßerfüllten französischen Willens, an den „Verträgen" nicht im geringsten rütteln zu lassen und das geknebelte deutsche Volk ewig unter dem brutalen Joch des französischen Imperialismus niederzuhalten. Frankreich ist selbstverständlich „edelmütig" wie immer und erklärt sich — nicht ohne pathetische Geste — bereit, die also gezahlten Millionen im Wege einer Anleihe der deutschen Wirtschaft wieder zugutekommen zu lassen. Kurzfristig natürlich! Und zu hohen Zinsen! Es ist das alte Ziel Frankreichs: Deutschland durch Kredite in ein neues Tributsystem hineinzuzwängen, das es den Franzosen dann im gegebenen Augenblick ermöglicht, durch die Kündigung dieser Kredite in Deutschland Krisen heraufzubeschwören, die uns dann vor die Wahl stellen, entweder zusammenzubrechen oder bedingungslos nach Frankreichs Pfeife zu tanzen. Wir begrüßen es daher aufrichtig, daß Reichskanzler Brüning gelegentlich der Sitzung des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiersgewerbes zum Ausdruck brachte, daß die „trüben Lehren der Vergangenheit" dafür Sorge tragen möchten, daß mit der kurzfristigen Verschuldung tunlichst Schluß gemacht wird. Anderseits ist es sehr zu bedauern, daß der 420-Millionen-Kredit, den die Reichsbank dieser Tage von den maßgebenden Bankinstituten Amerikas, Englands und Frankreichs zur Ueberwindung des Ultimos — so schlimm stand es bereits um die Reichsbank! — erhalten hat, wiederum kurzfristig ist, hoch verzinst und bereits am 16. Juli dieses Jahres wieder zurückbezahlt werden muß. Die verfahrene Lage, in der sich der deutsche Kreditmarkt infolge der „Reparationszahlungen" befindet, wurde denn auch von den Bankiers in ihrer eigentlichen Ursache durchaus richtig erkannt, und so stand ganz selbstverständlich das Tributproblem im Vordergrund der Aussprache. Wenn schon auf dem 7. Allgemeinen Bankiertag im Herbst 1928 Herr Geheimrat Louis Hagen vor „nochmaligen freiwilligen Reparationsverpflichtungen, die nicht so sind, daß wir sie unter allen Umständen, auch unter Berücksichtigung empfindlicher Rückschläge der Wirtschaft werden innehalten können", eindrücklich gewarnt hatte, so ist es kein Wunder, daß nach den inzwischen gemachten üblen Erfahrungen mit dem Youngdiktat allmählich auch die Bankwelt — soweit sie nicht international verfilzt ist — noch einen Schritt weitergeht und eine allgemeine Revision der Tributzahlungen fordert, ja, sogar durch Herrn von Solmßen, den Präsidenten des Zentralverbandes, der Kriegsschuldthese den Kampf ansagen ließ. Und hier liegt in der Tat — auch nach unserer Ansicht — der wirksamste Hebel, der überhaupt im Kampf um Deutschlands Freiheit anzusetzen ist. Die Kriegsschuldlüge ist das Kernstück des Versailler Vertrages. Fällt die Kriegsschuldlüge, dann haben die Tributforderungen der sogenannten Gläubigerstaaten ihre moralische Begründung verloren, — dann haben wir aufgehört, das fluchwürdige Verbrechervolk zu sein, das man auf jede Art und Weise zu demütigen und in den Staub zu treten das Recht hat.

Wer entsinnt sich nicht des Wilsonschen Friedensprogrammes: „Weder Sieger noch Besiegte! Keine Annexionen! Keine Kontributionen! Kein Straffriede!" Und wer denkt nicht an die Worte, die Wilson in seiner letzten Friedensrede am 27. September 1918 ausrief: „Es ist der Grundsatz der Gerechtigkeit für alle Völker und Nationalitäten, der durch das Programm geht, das ich entworfen habe! Der moralische Höhepunkt des endgültigen Sieges für die menschliche Freiheit ist gekommen!" — Und was ist daraus geworden? — Der Todesmarsch eines 60-Millionenvolkes! Eine völkerrechtliche Vergewaltigung, die in der Weltgeschichte ohne Beispiel ist! Ein auf Generationen berechneter Erpressungsfeldzug gegen ein Volk, das mit reinen Waffen in den Krieg gezogen ist, das trotz der würdelosen Behandlung, die es seit 1918 im Rate der Völker erfährt, immer und immer wieder sichtbarste Beweise seines ehrlichen Friedens- und Versöhnungswillens abgelegt hat! Und alles umsonst.

Die Welt wartet vergeblich auf den Frieden. Der Friede liegt begraben unter den 440 Artikeln des Versailler Diktates. In diesem Werke des Hasses und der Unvernunft liegt der Schlüssel zum Chaos, dem Deutschland, dem Europa und die gesamte Zivilisation mit Riesenschritten entgegeneilt. In Hoovers Botschaft ist endlich eine Stimme der Vernunft laut geworden. Wir haben zuviel Enttäuschungen im Laufe der letzten 12 Jahre erleben müssen, als daß wir dadurch schon an einen Sieg der Vernunft und des wahren Friedens glauben könnten. Die Welt aber hungert nach diesem Frieden! Einmal ist die Welt um den Frieden, den man ihr feierlich versprochen hatte, betrogen worden. Möchten die Blicke der Völker, die sich in diesen kritischsten weltgeschichtlichen Tagen seit Versailles so spannungsvoll auf Hoover richten, in diesem nüchternen Realisten einen stärkeren Charakter finden als in Wilson, dessen schwärmerischer Idealismus der Welt so sehr zum Verhängnis wurde.

H.

Die Wirtschaftskrise.

Moratorium und Notverordnung.

Die noch immer herrschende Weltwirtschaftskrise legt den Menschen die Verpflichtung auf, den Ursachen nachzuforschen, die sie veranlaßt haben. Nur wenn eine klare Antwort auf die gestellte Frage gegeben werden kann, wird es möglich sein, der Krise wirksam entgegentreten zu können und künftighin ähnliche Katastrophen zu verhüten.

Es sind so viele Antworten auf die Frage nach der Ursache gegeben worden, daß sich aus ihnen kein Weg ableiten läßt. Die Behauptung ist aber so oft ausgesprochen worden, die Weltwirtschaftskrise sei die Folge einer starken Ueberproduktion, daß sie wahrscheinlich in das Bewußtsein des Volkes bestimmend eingehen wird. Wer diese Feststellung ohne Kritik an sich vorbeigehen lassen kann, der darf freilich das ganze Gebiet der Volkswirtschaft durchgehen, ohne auf Sinn- und Regelwidrigkeiten zu stoßen. Für ihn liegt ein vernünftiger Sinn darin, daß die Landwirtschaft nicht weiß, wohin sie mit ihren Erzeugnissen soll, während Hunderttausende in unserm Vaterland bitter Hunger leiden. Er darf es nicht als kultur- und naturwidrig bezeichnen, wenn im Winter auf den Halden an der Ruhr sich Millionen Tonnen Kohlen auftürmen, während Millionen Volksgenossen in ungeheizten Zimmern sitzen. Unser Wohnungselend enthält für ihn keine Sinnlosigkeit, obgleich wir Arbeiter und Baumaterialien in Hülle und Fülle haben. Es wird kaum jemand den Mut aufbringen, zu behaupten, es wären vernünftige Zustände. Und doch sind es denknotwendige Folgerungen, die aus der Behauptung, die Ueberproduktion sei die Ursache der Wirtschaftskrise, gezogen werden müssen.

Hier liegt eine ganz verhängnisvolle Verwechslung vor, die sehr oft dargestellt, anscheinend aber nie genügend beachtet worden ist. Was wir sehen, ist eine Unterkonsumtion, aber nicht eine Ueberproduktion. „Das mag wohl sein," wird gesagt, „aber am Ende kommt es doch auf eins heraus; es sind eben Waren vorhanden, die nicht verkauft werden können, und das führt zu Betriebsstill-

legungen." Und doch liegt hier in der klaren Unterscheidung der Ausgangspunkt nicht allein für zwei verschiedene Wege, sondern hier scheiden sich zwei Welten. Wenn wir anerkennen, daß in der Ueberproduktion die Ursache liegt, dann werden wir logischerweise dazu schreiten müssen, die Warenerzeugung zu beschränken. Auf diese Weise werden wir den Lebensstandard des Volkes senken, die Armut also stabilisieren müssen. Es wird uns nicht gelingen, auch nur annähernd einen annehmbaren Ausgleich zu finden zwischen den Entwicklungsmöglichkeiten und der tatsächlichen Entwicklung. Darum wird die Maschine unsern Arbeitern immer der Feind bleiben, der sie aus der Arbeit wirft und an dieser ungelösten Aufgabe werden wir zerbrechen. Denn vergessen wir es nicht: Es gibt einen Staat, der dieses Problem gelöst hat, es ist der Sowjetstaat. In Rußland kann die Gütererzeugung nie zu groß werden. Wenn es reichlich Nahrung gibt, dann ist sie auch allen zugänglich. Ich bezweifle gar nicht, daß der Kommunismus, wenn er einmal bei uns zum Siege kommen sollte, in einer nicht zu fernen Zukunft wieder beseitigt werden würde, weil er eine zu starke Beschneidung der persönlichen Freiheit, die dem Deutschen nun einmal unentbehrlich ist, erfordert. Trotzdem kann ich mich der Ueberzeugung nicht entziehen, daß wir genau so wie Frankreich, England, Amerika und die andern kapitalistischen Staaten durch unsere Wirtschaftseinstellung den Weg zum Bolschewismus eingeschlagen haben. Dieser Argumentation wird heute kaum ernstlich widersprochen, trotzdem tun wir alles, um dem Kommunismus näher zu kommen. Ich will gar nicht davon reden, wie die einzelnen Staaten sich gegenseitig den Rang abzulaufen suchen in dem Bestreben, die Wirtschaftskraft Rußlands zu erhöhen, ich will nur hinweisen auf behördliche Maßnahmen, die in die angedeutete Richtung führen: Gehaltsabbau und Preissenkungsaktionen. Sie sind imstande, die Entwicklung zur Wirtschaftsbelebung, die sich eben anzubahnen beginnt, im Keime wieder zu ersticken.

Wenn wir aber anerkennen, daß die Ursache der Wirtschaftskrise in der Unterkonsumtion zu suchen ist, dann führt uns unsere Untersuchung ohne weiteres auf das Gebiet des Geldwesens und des Währungsproblems. Die Geldreformer glauben das fürchterliche Paradox, das besteht — denn Hunderttausende hungern und frieren, weil zuviel Nahrungsmittel und Kohlen da sind —, überwinden und uns dadurch vor dem Absturz in den Bolschewismus bewahren zu können. Da es heute schon eine kaum mehr angezweifelte Sicherheit ist, daß wir durch eine Bekämpfung der Ueberproduktion nicht mehr zum Ziele kommen können, sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß auch die entgegengesetzte Richtung zu Wort kommt, weil zu befürchten ist, daß die Menschheit bei einer Verfolgung des jetzt eingeschlagenen Weges der nächsten Krise, die sicher kommen wird, wieder ebenso ratlos gegenüberstehen wird.

Der internationale Kapitalismus setzt jetzt zum zweiten Mal den Hebel an, das Steuer der Wirtschaft herumzuwerfen. Im Frühjahr ist ihm die Ankurbelung der Wirtschaft nicht gelungen. Jetzt ist Hoover mit seinem Plan eines Schonjahres für Deutschland hervorgetreten. Dadurch ist bei uns die Panikstimmung der letzten Wochen, die sich am stärksten in der Hinaufsetzung des Reichsbankdiskonts um zwei Prozent abzeichnete, vorerst beseitigt worden. An den Börsen ist sogar eine kaum mehr gekannte Hausse hervorgetreten. Es mag sein, daß die Erwartungen, die sich mit dem Moratorium verbinden, in Erfüllung gehen werden. Der Wirtschaftsverlauf ist immer in weitem Umfange von der psychologischen Einstellung der Massen abhängig, und die Zahl der Leichtgläubigen ist nun einmal groß, die da meinen, nun müßte alles rasch anders werden. Vielleicht ist es aber angebracht, einmal darauf hinzuweisen, daß der Schritt Hoovers sicher nicht aus edler Uneigennützigkeit hervorgegangen ist, die darf man m. E. fast am wenigsten bei den Amerikanern voraussetzen, sondern er ist sicher im wohlverstandenen Eigeninteresse erfolgt. Die Angriffe auf das unsinnige Währungssystem, das das Gold noch immer zur Grundlage hat, wurden nachgerade so allgemein und so dringlich vorgetragen, daß etwas geschehen mußte, um das System zu retten. Die Länder, die im Besitz der Goldschätze sind, Amerika und Frankreich, haben ein natürliches Interesse an der Beibehaltung der Grundlage.

Nun wird es bei uns darauf ankommen, in welcher Weise unsere Regierung die ihr gebotene Erleichterung benutzen wird. Wird sie die politische Krise, durch die sie eben gegangen ist, als die wichtigste Aufgabe ansehen, dann wird sie die Mittel, die ihr für ein Jahr zur Verfügung stehen, dazu benutzen, den Haushalt zu balanzieren. Wenn sie allerdings der Ansicht ist, daß die politische Krise eine Folge der Wirtschaftskrise war, dann wird sie alle Mittel, die sie besitzt, einsetzen, um die Wirtschaft anzukurbeln. Nach den Erfahrungen des letzten Jahres wage ich nicht, die Hoffnung zu tragen. So, wie im Augenblick die Lage ist, darf kaum mit einer Belebung gerechnet werden. In dem Augenblick, in dem sie nämlich einsetzen soll, werden sich gerade die Auswirkungen der Notverordnungen auf dem Markt auswirken. Ob dann der Auftrieb größer sein wird als der Abtrieb durch die Regierungsmaßnahmen, darf sehr bezweifelt werden. Wenn man der Ansicht ist, daß die Krise durch eine ungenügende Verbrauchskraft, die sich im Unterverbrauch äußert, hervorgerufen worden ist, dann darf man es nicht erwarten.

V. K.

Schöpfung?!

Wenn später einmal die letzten Geheimakten über die politischen Vorgänge dieser Hochsommertage veröffentlicht sind, wird auch der Gleichgiltigste mit innerem Grauen spüren, wie nahe unser Volk und Land Ende Juni 1931 dem rettungslosen Chaos war, wie hart wir in diesen Wochen am Abgrund vorbeitaumelten. Doch es gibt ein Wort: „Ist das Chaos da, ist die Schöpfung nah", und wenn in ihm auch nur eine Spur von Berechtigung steckt, dann muß es gerade aus der tiefen Finsternis dieser Notzeit einen Weg nach oben zum Licht geben, und alles käme für uns darauf an, ihn zu finden und einzuschlagen. Der Versuch dazu ist auch im „Aufwärts" in den letzten schweren Wochen von mehr als einem Mitarbeiter gemacht, wir haben manches gute Wort, manchen beherzigenswerten Vorschlag gelesen, aber wirklich schöpferische Gedanken sind auch hier selten gewesen, und wo sie sich in ihren Anfängen zeigten, wurden sie gar zu leicht erdrückt von unbewußt parteipolitischen Gebundenheiten oder von der uns allen fast zur Gewohnheit gewordenen Auslieferung an diesen oder jenen „-ismus". Läßt man freilich all die vielen Artikel, die wir hier fanden: die über „Mensch und Maschine", über den „Hoover-Vorschlag", über die „Reparationen" usw. einmal ohne eigenes Vorurteil auf sich wirken, nur aus dem Geist derer heraus, die sie mit ihrem Herzblut schrieben, dann spüren wir schon eher etwas von der Schöpferkraft dieser Tage und gewinnen ein Stück Glauben an uns selbst zurück.

Es bleibt nämlich wahr unser Wort: „Ist das Chaos da, ist die Schöpfung nah", und wir haben in diesen unsagbar schweren Tagen mehr als ein schöpferisches Wunder erlebt, das sich nur erklären läßt aus der unversiegbaren Kraft deutschen Geistes und deutschen Selbstvertrauens! Oder ist es etwa eine nur alltägliche Sache, wenn, wie erst jetzt bekannt wird, in dieser Zeit wildesten parteipolitischen Hasses und Haders bereits am 15. Juni vom Reichskanzler unter starker Unterstützung des Reichspräsidenten der Vorschlag eines allgemeinen „Burgfriedens" gemacht wurde?

Und diesem Vorschlag wird dadurch nichts von seinem schöpferischen Gehalt genommen, daß er von parteiegoistischer Seite abgelehnt wurde, wobei es uns ganz gleich sein soll, ob das von rechts oder links geschah! Schöpferische Gedanken fanden wir auch in den durch einen Teil der Tagespresse bekannt gewordenen Auslassungen des bekannten Geheimrats Duisberg auf der Jahrhundertfeier der Düsseldorfer Handelskammer, den man gewiß als „national zuverlässig" ansehen darf, und der doch mit Nachdruck dem rückhaltlosen Vertrauen zu den Männern der Reichsregierung, die ihm ganz sicher zum großen Teil politisch sehr fern stehen, das Wort redete, und der damit dem Durcheinander gegenseitiger Verhetzung entgegen einen Damm werdenden Glaubens an einander aufrichtete. Wurden so von mehr als einer Seite in dem Chaos unserer innenpolitischen Zerrissenheit und Zerklüftung wieder feste Wege gesucht, so bedeutet die Rede, die Reichskanzler Brüning am Sonnabend dem sogenannten „kleinen Bankierstag" im Herrenhaus hielt und die stürmische Zustimmung der anwesenden Wirtschaftsführer ein schöpferisches wirtschaftspolitisches Ereignis allerersten Ranges, da sie ganz gewiß nicht von „kapitalistischem" Geist getragen war und trotzdem in diesem Kreis Beifall fand. Der Kanzler scheute sich nicht, eigene Fehler einzugestehen und fürchtete sich nicht, in diesem Gremium an die Sünden des Hochkapitalismus zu rühren, indem er wörtlich ausführte: „Die einfache Formel, die Produktivität unserer Wirtschaft nur durch Lohnsenkung und immer weiter durch Lohnsenkung zu heben, bringt keine Rettung. Die Konsumkraft der Bevölkerung würde bei einem solchen Schrumpfungsprozeß immer weiter sinken und die Produktion aufs schwerste schädigen, wenn nicht gleichzeitig von der Wirtschaft her durch Inangriffnahme großer und wichtiger Aufgaben geholfen wird". Diese Worte bedeuten nicht mehr und nicht weniger als die allererste Bewegung im Eise, das bis heute Unternehmertum und Arbeiterschaft trennt, und das solche mitleidslose Plattform abgab für den unseligen Klassenkampf, der bei der derzeitigen von Tag zu Tag verschärften Lage der Dinge mit unheimlicher Sicherheit zum Siege des Bolschewismus zu führen schien, und für den jetzt die allerersten Anfänge eines friedlichen Ausgleichs gegeben scheinen.

Nichts liegt uns ferner, als mit den geschilderten zaghaften und, wie wir zugeben, geringfügigen Anfängen eines innenpolitischen Ausgleichs, einer wirtschaftspolitischen Annäherung der Illusion das Wort zu reden, als sei die von so vielen ersehnte deutsche Notgemeinschaft schon Tatsache, und wir sind uns völlig darüber klar, daß wir auch in dieser Beziehung das Schwerste noch zu vollbringen haben. Doch erscheint es uns Pflicht, gerade im gegenwärtigen Augenblick, in dem alle Welt von dem „Primat der Außenpolitik" spricht, und mit vollem Recht auf das Erwachen des Weltgewissens uns gegenüber harrt und hofft, nicht mit Stillschweigen darüber hinzugehen, daß die allerletzte Entscheidung über unser Schicksal bei uns selbst und unserem guten Willen zu innerer Einigkeit liegt.

25jähriges Jubiläum des Taubstummblindenheims in Nowawes.

Von Pfarrer M. Knolle, Nowawes, Oberlinhaus.

Am 2. Juli 1931 sind 25 Jahre vergangen seit der Gründung des Taubstummenblindenheims im Oberlinhause. Es ist ein Verdienst D. Dr. Hoppes, dieses Patriarchen der Inneren Mission, daß er wie Vater Bodelschwingh überall dort eingriff, wo niemand einzugreifen wagte, daß er überall dort sich gegen die Not stellte, wo bisher niemand stand. Er ist der Bahnbrecher der modernen deutschen Krüppelpflege, er wurde auch der Gründer des einzigen deutschen Taubstummenblindenheims in Nowawes. Wie die Gesamtarbeit der Inneren Mission, so steht auch über der Arbeit des Taubstummenblindenheims der Wille zur rücksichtslosen Hingabe an den Dienst für die Menschen, nicht um eines Lohnes willen, nicht um der eigenen Seligkeit willen, auch nicht, weil irgendeine „Idee" dazu triebe, sondern allein, weil der Allmächtige Menschen ruft und beauftragt zum Dienst. Die Pforte des Hauses nimmt nun seit 25 Jahren die Unglücklichsten der Unglücklichen auf, Menschen mit gefangener Seele. Die Augen sind stumpf, sie können die Welt der sichtbaren Dinge nicht aufnehmen, sie sehen nichts von den Wolken, nichts von dem Schimmer der Abendröte. Die tausendfachen Farben der Welt sind für sie nicht da. Und die Grausamkeit ihres Lebens wird dadurch erhöht, daß ihnen auch das Gehör und damit vielfach die Sprache fehlt. Die Stimme der Menschen, der Mutter, der Geschwister, sie verhallt, ehe sie an ihr Ohr dringt. Jeder Normale weiß, wie tief ihn die Stimme der Musik erfassen, aufwühlen kann, wie sie dort redet, wo der Blick und das Wort nichts mehr sagen kann. Vor den Menschen hier verstummt selbst die Musik. Ihre Seele weilt im Gefängnis und schläft einen traumlosen Schlaf. Kein Ausdrucksmittel ist diesen Menschen gegeben. Alles, was sie sagen wollen, wird Verkrampfung, kein Ding hat für sie einen Namen. Da beginnt die Arbeit des Taubstummenblindenheims. Sie versucht über Ungeduld und Schwierigkeiten hinweg das innere Auge und das innere Ohr wieder lebendig zu machen. Es ist im Aufwärts schon einmal die schulische und methodische Arbeit an den Taubstummblinden ausführlich beschrieben. Durch den Tastsinn wird ihnen vermittels eines Handalphabetes eine neue lebendige Sprache gegeben, und nun zum erstenmal im Leben dieser Menschen geht die Bedeutung des Namens der Gegenstände auf, zum erstenmal fühlen und erleben sie, daß man Dinge, die man mit der Hand begreift, auch innerlich fassen kann durch den Begriff im eigentlichen Sinne des Wortes. Sicher leben sie auch so noch in einer schweren Welt, denn das Auge bleibt verdunkelt, und das Ohr bleibt taub, aber nun wird der Tastsinn Auge und Ohr, und über die neugewonnene Sprache hinweg steigt nun die Seele langsam wieder auf. Was dem Auge verborgen ist, muß die Hand sehen, was für das Ohr stumm ist, muß die Hand vernehmen. Wir alle leben hier vor den Rätseln alles Seins, aber auch vor der Gegenwärtigkeit der Gnade Gottes. Sind diese Menschen auch so noch benachteiligt, uns ist sicher, daß sie in vielem tiefer schauen als wir, daß sie mit dem tastenden Ohr ihrer Hand oft mehr hören als wir sogenannten „Normalen", die wir uns von allem ablenken lassen, die wir so viel sehen und hören, daß wir das „Wesentliche" niemals hören und sehen. Man könnte nach dem Sinn solcher Arbeit fragen. Wer aber fragt nach Lohn und Zweck, wird niemals verstehen, wozu die Liebe fähig ist. Und wo diese hingebende Liebe wirkt, da gilt das Wort des Meisters Eckehart: „Hingabe überwindet alles, Hingabe geht nimmer fehl!" Im Lauf der 25 Jahre gingen 126 Taubstummblinde durch die Anstalt. Immerhin eine beträchtliche Zahl, wenn man aber hört, daß es gegenwärtig zirka 500 Taubstummblinde in Deutschland gibt, deren Seele noch gefangen ist, Menschen, die irgendwie als Tier zu Haus oder in der Blödenanstalt ihr Leben dahinbringen, während in Wahrheit ihr Geist und ihre Seele lebendig, nur ohne Aeußerungsmöglichkeit ist, so zeigt sich die Größe der noch zu leistenden Aufgabe.

Zwei Nöte gilt es heute zu überwinden für das Taubstummenblindenheim: Zunächst den antisozialen Willen unserer scheinbar so sozialen Zeit. Denn immer tiefer enthüllt sich uns allen mit Erschrecken, daß wir viel von sozialen Dinden zu reden wissen, aber nicht sozial handeln und leben.

Oft will es uns so scheinen, als betrachte man das soziale Leben allein in dem gegenseitigen Schutz der Gesunden gegen den Leidenden. Die zweite Not ist die wirtschaftliche Krisis der Zeit selbst. Es gilt als die Aufgabe für die nächsten 25 Jahre des Taubstummenblindenheims, noch mehr Menschen zu erfassen, Räume müssen erweitert werden. Die Pflegegelder für die Taubstummenblinden können bei weitem nicht die Ausgaben für den Einzelnen decken. Wir warten und hoffen auf die Hilfe, die in wirtschaftlich guten Zeiten eine Selbstverständlichkeit vieler war, jetzt aber zum Opfer des Einzelnen wird. Wir bitten um dieses Opfer. Sendungen und Opfer an das Oberlinhaus in Nowawes bei Potsdam.

Jahresfest der Hermannsburger Mission.

Ueber das 80. Hermannsburger Missionsfest ging uns ein langer Bericht zu, den wir leider des knappen Raumes wegen nicht ganz aufnehmen können. Wie das Bünder Missionsfest für das Minden-Ravensberger Land seit mehr als einem halben Jahrhundert das Missionsfest war, auf dem sich die Liebe eines ganzen Landesteils zur Mission in kräftiger Weise zeigte, so ist das Hermannsburger Missionsfest seit Generationen auch ein Sammelpunkt für die Missionsliebe gewesen. Es waren etwa 8000Festgäste, die sich jetzt dort versammelt hatten. Herr Missionsdirektor Schomerus, der auch den Jahresbericht erstattete, erzählte aus der Vergangenheit und von dem Wachsen der Hermannsburger Mission. Generalsuperintendent Lic. Steinmetz-Hannover und Pastor Rothe-Hamburg waren die eigentlichen Festredner, wozu auch noch einige andere Redner kamen, die in lebendiger Fühlung mit der Missionsarbeit stehen. Der Schlußabsatz des uns zugegangenen Berichtes lautet:

Wer mit feinfühligem Herzen innerhalb dieses Festes gestanden hat, dem ist auch hier wieder deutlich geworden, daß ein innerliches Zusammenrücken durch die Christenheit unserer Tage hindurchgeht, wie ja überhaupt das ständige Zunehmen des Bewußtseins um die Missionsverpflichtung innerhalb der Christenheit unserer Tage ein deutlicher Beweis dafür ist, daß sie von letzter Gebundenheit und letzter persönlicher Verbindung weiß. Und diese Bindung und Erfahrung trügt nicht: In dem Kampf zwischen Glaube und Unglaube unserer Zeit hat Gott doch das letzte Wort.

Noch sind die Zeitungen voll vom Haß und Hader der Parteien, noch hat der Klassenkampf im Wirtschaftsleben hüben und drüben nichts von seiner Bitterkeit und Schärfe verloren, aber in den Hirnen und Herzen einiger Weniger hat das Chaos dieser Tage zu neuen, schöpferischen Gedanken geführt, die es zu nutzen gilt, wenn nicht alles verloren sein soll. Auch der größte Optimist hätte es sich in diesen Tagen eingestehen müssen, daß wohl doch etwas daran war, wenn Oswald Spengler seine Gedanken vom „Untergang des Abendlandes" niederschrieb, auch der unentwegte Anhänger des bisherigen Wirtschaftssystems muß sich sagen, daß wir mitten im Zusammenbruch einer Zeitepoche stehen, auch der fanatisierte Verfechter des Klassenkampfes wird einsehen müssen, daß der Bolschewismus bestenfalls der lachende Erbe proletarischer Unversöhnlichkeit sein wird, und wir alle müssen uns fragen, was sein soll: Chaos oder Schöpfung?! Gewiß sind es nur Kleinigkeiten, die wir anführen konnten, aber sie geben uns die tröstliche Hoffnung, daß die innere Verlogenheit und Gottlosigkeit unserer Oberschichten doch nicht ganz so schlimm blieb, wie wir bislang annahmen, daß auch die breiten Volksmassen sich aus der Verdrossenheit und Ehrfurchtlosigkeit wieder herausführen lassen, in die man sie unverantwortlicherweise von hüben und drüben hineingehetzt hat.

Es ist in diesen letzten Wochen auf allen Seiten unendlich viel gefehlt und gesündigt worden: Unsere Großkapitalisten dachten nur an sich selbst und brachten uns durch ihre wahnwitzigen Devisenankäufe wie durch das Außerlandesbringen der Vermögen an den Rand des Abgrundes. Aber auch der kleine Mann, und der Bauer auf dem Lande hat es nicht besser gemacht, indem er die Sparguthaben abhob und so das Wirtschaftsleben an seinem Teil mit abdrosselte. Was Wunder, wenn das Ausland uns, die wir uns selbst nicht mehr trauten, auch kein Vertrauen mehr schenkte und umfangreiche Kapitalkündigungen vornahm: Kredit heißt Vertrauen, und zunächst kommt alles darauf an, daß wir zu uns selbst wieder Vertrauen bekommen und uns auf diese Weise den für unser nacktes Leben notwendigen Kredit neu beschaffen. Nur aus diesem Grunde ist innere Einigkeit die erste Forderung der Stunde, und jede Wegzeigung zu ihr muß im geistigen und wirtschaftlichen Chaos dieser Wochen und Monate als schöpferische Tat gewertet werden, mag sie kommen, von wem sie will!

Musculus.

Vor der Entscheidung in Paris.

Keine Einschaltung Deutschlands. — Proteste gegen die französischen Erpressungsversuche.

— Berlin, 1. Juli.

Angesichts der letzten kritischen Zuspitzung der französisch-amerikanischen Verhandlungen und der bevorstehenden Entscheidung unterhält die Reichsregierung engste Verbindung mit dem deutschen Botschafter in Paris, Herrn von Hoesch. Inzwischen hatte der Botschafter eine neue Unterredung mit Briand, ferner empfing Botschafter v. Hoesch den neugewählten französischen Staatspräsidenten Doumer. Es war das das erstemal seit dem Jahre 1914, daß der französische Präsident bei seinem Amtsantritt auch dem deutschen Botschafter wieder einen Besuch abstattete.

Was Deutschlands Haltung in der Reparationsfrage betrifft, ist die Reichsregierung fest entschlossen, trotz aller französischen Versuche, Deutschland als Verhandlungspartner hinzuzuziehen, sich an der Mellon—Laval-Aussprache über den Hooverplan unter keinen Umständen zu beteiligen. Der Optimismus in Washington und London, daß Frankreich als einziges europäisches Land nicht die Verantwortung für ein Scheitern der Hooveraktion übernehmen und damit die Sanierung der Weltwirtschaft verhindern könne, wird auch von Berliner politischen Kreisen geteilt. Man rechnet damit, daß — wenn auch einen Tag später — der Hooverplan doch perfekt wird.

Vor allem lehnt man in Berlin mit aller Entschiedenheit die französische Zumutung ab, daß Deutschland sich verpflichten solle, in absehbarer Zeit — d. h. während der Hooverplan in Aktion ist — kein Moratorium zu beantragen. Das wäre eine glatte Preisgabe des Youngplans, für dessen Aufrechterhaltung Frankreich angeblich mit Hoover ringt. Oder hält man in Frankreich die Deutschen für so naiv, daß sie nur die Lasten des Youngplans als vertragsmäßige Verpflichtung hinnehmen, nicht aber ihre Rechte wahrnehmen? Es geht nicht, daß — ebenso wie bei der Abrüstung — Verträge nur von Deutschland erfüllt werden, es geht vor allem nicht, daß Schutzbestimmungen immer nur für die Vertragspartner Deutschlands da sind.

Dieser Vorstoß Frankreichs gegen den Youngplan, den es angeblich retten will, muß gerade von denen abgelehnt werden, die eine Revision des Youngplans erstreben, denn es muß verhütet werden, daß Verpflichtungen und Rechte aus diesem verhängnisvollen und unerträglich gewordenen Plan durch ein Eingehen auf die französischen Bedingungen verwischt werden. Die Rechtslage ist eindeutig! Deutschland kann die Youngleistungen bei dieser Wirtschaftsdepression nicht leisten. Kommt ihm der Hooverplan zu Hilfe, so ist das sehr begrüßenswert, ist es eine Erleichterung der ganzen Lage — aber eine Erleichterung, die mindestens so sehr unseren Gläubigern zugute kommt wie uns selbst

Tritt — was jedoch nicht anzunehmen ist — infolge des französischen Widerstandes der Hooverplan nicht in Aktion, so muß Deutschland die ihm vertraglich zustehenden Rechte beanspruchen und das Moratorium beantragen. Dann kann sich der zuständige Ausschuß der Baseler Bank für internationale Zahlungen von der Unmöglichkeit überzeugen, von Deutschland Summen herauszupressen, die einfach nicht vorhanden sind. Eine solche Verzögerung der Hilfe aber würde eine Katastrophe hervorrufen, die Frankreich entschieden teuerer zu stehen käme, als ein Eingehen auf den Hooverplan.

*

Eine Erklärung Lavals.

— Paris, 30. Juni.

Nach einer Mitteilung der in Paris erscheinenden Zeitung „Excelsior" gab der französische Ministerpräsident Laval folgende Erklärung zu der Stockung der französisch-amerikanischen Verhandlungen ab:

„Hoover hat sich hinter den Kongreß verschanzt — ich verschanze mich hinter die Kammer, die ihre Meinung gesagt hat. Ich fühle, daß wir am Ende unserer Konzessionen angelangt sind. Unsere öffentliche Meinung würde es nicht begreifen, wenn wir weitergehen. Ich bleibe freundlich, aber fest. Am Mittwoch werden wir Sicherheit haben."

*

England hofft auf Hoover.

— London, 1. Juli.

In einer Betrachtung über die Pariser Verhandlungen schreibt der „Daily Herald", das Blatt der englischen Regierungspartei, Präsident Hoover habe nicht die Absicht, zu gestatten, daß sein Moratoriumsplan eine nur noch schlimmere Krise im nächsten Sommer vorbereite, oder, daß er als Mittel zur Stärkung der französischen Vorherrschaft auf dem Balkan oder als politische Waffe gegen Deutschland benutzt werde. Schatzsekretär Mellon sei angewiesen worden, sich strikte an die Grundsätze der Botschaft Hoovers zu halten.

Frankreich hat die Verantwortung.

Allem Anschein nach sind die Vereinigten Staaten gewillt, Frankreich zum Einlenken zu bewegen. So gab Unterstaatssekretär Castle nach einer Unterredung mit dem Präsidenten Hoover eine Erklärung ab, die dadurch Aufsehen erregte, daß sie die französische Regierung offen verantwortlich macht und als die einzige hinstellt, die dem Hooverplan noch nicht zugestimmt hat.

*

Senat billigt Lavals Politik.

Paris, 1. Juli.

Nach der Kammer erörterte nunmehr auch der französische Senat den Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Hoover. Nach längerer Debatte und einer Erklärung des Finanzministers wurde die Aussprache mit der Annahme folgender Entschließung beendet:

Der Senat ist der Ansicht, daß die Achtung der Verträge und der Abmachungen die einzige Grundlage der internationalen Beziehungen bildet. Der Senat erinnert an die Opfer und Zugeständnisse aller Art, die Frankreich seit 13 Jahren zugunsten der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und zugunsten der Wiederherstellung der Eintracht und der europäischen Wirtschaft gebracht hat. Der Senat billigt die Erklärung der Regierung und geht zur Tagesordnung über.

In der voraufgegangene Debatte hatte Senator Lemery ausgeführt, die Vereinigten Staaten nehmen heute Frankreich an der Gurgel und verlangten, daß es nicht bezahlt werde.

*

Italien führt den Hoover-Plan aus.

— Washington, 1. Juli. Die italienische Regierung hat dem Staatsdepartement durch ihren Botschafter mitteilen lassen, daß Italien in Ausführung des Hoover-Plans ab 1. Juli vorläufig auf Tributzahlungen verzichtet.

Belgiens Antwort veröffentlicht

Grundsätzliche Zustimmung zum Hoover-Vorschlag und Bitte um besondere Rücksichtnahme.

— Brüssel, 1. Juli.

Die belgische Regierung veröffentlicht soeben den Wortlaut ihrer Note an Präsident Hoover. Der wesentlichste Teil dieser Note lautet:

„Die belgische Regierung hat den Vorschlag des Präsidenten Hoover als eine Tat von weittragender Bedeutung aufgenommen. Sie betrachtet ihn als den Beginn eines großen Versuches internationaler Solidarität, hinzielend auf eine Wiederaufrichtung der allgemeinen Wirtschaft, ein Ziel, dessen Perspektive allein schon heute auf allen Seiten ein Gefühl des Vertrauens und der Hoffnung hat wach werden lassen.

Die großen Schwierigkeiten des Augenblicks werden in der Tat nur dann überwunden werden können, wenn die Völker sich ihrer gemeinsamen Interessen bewußt geworden sein werden, wenn sie alle Gründe der Unruhe und der Uneinigkeit beseitigt haben werden und ihre Kräfte in einem Geiste der Zusammenarbeit und der Hilfsbereitschaft vereinen.

Das belgische Volk wünscht aufrichtig, daß die amerikanische Initiative zum Erfolge führen wird. Es erinnert jedoch daran, daß Belgien ein ungeschriebenes Recht auf Wiedergutmachung der Schäden hat, welche es ungerecht erlitt. Dieses Recht hat dazu geführt innerhalb der Reparations- und Kriegsschuldenregelung ihm eine Spezialbehandlung zuteil werden zu lassen, von welcher abzugehen, heute kein Grund vorliegt. Unter diesen Umständen wäre es nicht anzunehmen, daß die geplante Hilfsaktion Belgien ganz besonders schwere Lasten auferlegte und es schweren finanziellen Schwierigkeiten aussetzte.

Im Hinblick auf diese Erwägung stimmt die belgische Regierung aufrichtig dem Prinzip des Vorschlags des Präsidenten Hoover zu, überzeugt davon, daß der Präsident der Vereinigten Staaten die Notwendigkeit anerkennen wird, die Modalitäten der Ausführung so zu bestimmen, daß der Plan mit der speziellen Situation und den Rechten Belgiens in Einklang gebracht werden kann."

Doumers Besuch bei Hoesch.

— **Paris**, 1. Juli. Zu dem Antrittsbesuch des französischen Staatspräsidenten bei Botschafter v. Hoesch wird richtiggestellt, daß auch Millerand bei seinem Amtsantritt im September 1920 die deutsche Botschaft aufgesucht hat.

„Feind der Menschheit."

— Berlin, 30. Juni.

Die Augen der Welt sind nach Paris gerichtet. Im Verlaufe des Mittwochs hat der französische Ministerpräsident Laval dem amerikanischen Schatzsekretär Mellon Frankreichs endgültige Stellungnahme zu dem Vorschlag des Präsidenten Hoover, ab 1. Juli für die Dauer eines Jahres alle Tribut- und Kriegsschuldenzahlungen auszusetzen, bekanntgegeben. Am Montag sind in Washington die allerletzten Zustimmungserklärungen fremder Mächte zu dem amerikanischen Plan eingegangen. Seitdem steht nur noch das Ja einer Macht aus. Und diese Macht ist Frankreich!

Während alle übrigen Regierungen vorbehaltlos der Grundlinie des Schuldenfreijahres zugestimmt haben, haben die französischen Unterhändler Vorbedingungen gestellt, deren Annahme die Erleichterungen, ohne die Deutschland in diesem kritischen Sommer nicht durchkommen wird, abschwächen und daneben dem Reiche neue Fesseln anlegen müßte. So fordert Frankreich nach den offenbar auf amtlichen Informationen beruhenden Angaben der Pariser Presse erstens die Tilgung des Kapitals und der Zinsen der ausgesetzten Zahlungen spätestens innerhalb von fünf Jahren, während Amerika 25 Jahre für erforderlich hält; zweitens eine Verpflichtung Deutschlands dahin, daß es innerhalb der fünf Jahre, in denen die ausgesetzten Zahlungen beglichen werden, unter Verzicht auf seine Rechte im Youngplan keinen neuen Zahlungsaufschub erklärt und später im Falle eines solchen Zahlungsaufschubs selbst den 500-Millionen-Garantiefonds an die BIZ. einzahlt, während nach den jetzigen Bestimmungen Frankreich den Garantiefonds einzahlen müßte, und drittens beharrte Frankreich darauf, daß die von Deutschland eingesparten Beträge zu einem Teil auch für die durch das Hoover-Moratorium in Schwierigkeiten geratenden Länder Ost- und Mitteleuropas verwendet werden dürfen.

Vergleicht man diese drei Punkte mit den Streitfragen, über die sich Mellon zu Beginn der Pariser Diskussion mit den Franzosen unterhalten hat, dann ersieht man, daß in den langwierigen französisch-amerikanischen Besprechungen überhaupt keine Fortschritte erzielt worden sind! Verzichtet haben die Franzosen bis zu der Dienstag-Ruhepause anscheinend lediglich auf ihre frühere Forderung, wonach „die wirtschaftliche Verwendung der von Deutschland eingesparten Beträge" sichergestellt werden sollte. Doch stellte diese Zumutung einen solchen Rückfall in das Gebaren der ersten Nachkriegsjahre dar, daß es eine ernste Diskussion über diesen Punkt des französischen Gegenvorschlages wohl gar nicht gegeben hat.

Für diesen Verzicht scheinen die Franzosen nun aber eine neue bedeutsame Forderung präsentiert zu haben, nämlich die nach einem fünfjährigen Verzicht Deutschlands auf seine Moratoriumsrechte. Dieses Ansinnen verdient aber erst recht schärfste Zurückweisung; würde eine derartige Klausel der Aktion Hoovers doch jede Bedeutung nehmen. Niemand bestreitet, daß das Eingreifen Hoovers und das Abweichen der Vereinigten Staaten von der bisher ganz konsequent verfolgten Linie, sich um die Reparationen nicht zu kümmern, ein geschichtliches Ereignis ist. Kann die Welt durch diese Tat doch von dem Fluch der Tribute befreit werden. Ob das aber gelingen wird, hängt von den Auswirkungen dieses ersten mutigen Schrittes ab, der fürs erste lediglich zu einer Atempause führt, die man fruchtbar machen, die man aber auch ungenutzt verstreichen lassen kann.

Wir wissen nicht, ob Präsident Hoover die Wirksamkeit seines Vorschlages auch dann auf ein Jahr begrenzt haben würde, wenn er nicht das Bestreben gehabt hätte, die Schwierigkeiten, die dieser Initiative im Wege standen, auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Tatsächlich ist aber die Zahlungsaussetzung für ein Jahr eine außerordentlich kurze Atempause. Vielleicht gelingt es mit äußerster Energie schon in den nächsten zwölf Monaten alle unwirtschaftlichen Momente in der Volkswirtschaft und in der Weltwirtschaft auszuschalten; sicher ist das aber keineswegs. Wollte Deutschland daher in dieser Lage für fünf Jahre eine Verpflichtung eingehen, fortan pünktlich und freundlich die Tribute in der Höhe, wie wir sie jetzt eben nicht haben leisten können, aufzubringen, dann wäre das eine selbstmörderische Erklärung und eine Leichtfertigkeit, die ohne Beispiel ist!

Es ergibt sich somit von selbst, daß Präsident Hoover, wenn er der Weltwirtschaft einen neuen Auftrieb geben wollte, sich auf die französische Praktik nicht einlassen konnte. Die Schuld an der letzten Zuspitzung der Dinge entfällt ausschließlich auf Frankreich, und ebenso wird Frankreich in vollem Umfange dafür verantwortlich gemacht werden müssen, wenn durch seine Sabotage neue Unordnung und eine neue Vertrauenskrise entsteht. Ist Frankreich aber tatsächlich derart verblendet, daß es sich eine solche Herausforderung der ganzen Welt leisten wird? Schon rücken auch die Blätter von Frankreich ab, die bisher immer die französischen Thesen vertreten haben. Und wenn heute die „Evening Post", die wiederholt Frankreich großes Verständnis entgegengebracht hat, schreibt:

> „Von Tag zu Tag tritt die Unbeugsamkeit Frankreichs, als des einzigen Landes, das um den Hoover-Plan schachert, klarer hervor. Wenn die Verhandlungen Mellons nicht erfolgreich sind, wird Frankreich isoliert auf dem Platz stehen, auf den es immer wieder Deutschland verwiesen hat, auf den Platz eines Feindes der ganzen Menschheit."

dann zeigt auch diese offene Stellungnahme der französischen Regierung, daß sie den Bogen überspannt und durch ihren Sabotageversuch äußerstenfalls eine Verzögerung der Hilfsaktion erreichen kann. Je fester Washington in dieser Frage operiert, desto schneller wird Paris zur Ernüchterung kommen.

Für Deutschland aber verbleibt es dabei, daß die Reichsregierung keine Veranlassung hat, in die französisch-amerikanischen Verhandlungen einzugreifen. Der Schlüssel liegt einzig bei Frankreich.

Botschafter a. D. Sthamer †

— Berlin, 1. Juli.

Der ehemalige deutsche Botschafter in London, Senator a. D. Dr. Sthamer, ist in der Nacht zum Dienstag noch vor Ablauf seines ersten Ruhejahres an einem Herzschlag verschieden. Am 24. November wäre Dr. Sthamer 75 Jahre alt geworden.

Dr. Sthamer, der nach dem Kriege als 64jähriger nach London ging und dort die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und England wieder anknüpfte, hat durch seine gewinnende Persönlichkeit, sein klares Urteil und seine hervorragenden Charaktereigenschaften, die jedem, der

ihn kannte, Achtung gebieten mußten, in den zehn Jahren, während deren ihm die Vertretung der deutschen Interessen an einem der wichtigsten Posten des auswärtigen Dienstes anvertraut war, seinem Vaterlande unschätzbare Dienste geleistet. Wenn heute die Beziehungen zwischen Deutschland und England wieder vertrauensvoll sind, so ist das ohne Zweifel zu einem großen Teil Dr. Sthamer zu verdanken, dem unter den Männern, die nach dem Kriege für Deutschland gearbeitet haben, einer der ehrenvollsten Plätze gebührt.

Die Reichsregierung, das Auswärtige Amt und das ganze deutsche Volk werden ihm stets ein dankbares Andenken bewahren.

Dr. Sthamer wurde am 24. November 1856 in Groß-Weeden im Lauenburgischen geboren. Nach vollendetem Studium war er Rechtsanwalt in Hamburg; im Juli 1904 wurde er Senator. Am 22 Dezember 1919 wurde er zum ersten Bürgermeister gewählt, aber bereits im Januar 1920 zum Geschäftsträger und später zum deutschen Botschafter in London ernannt. Im Oktober 1930 kehrte er nach Hamburg zurück, um dort seinen Lebensabend zu verbringen.

Urteil gegen Deutschtumsbund.

Das Posener Appellationsgericht bestätigt die von der ersten Instanz verhängten Strafen.

— Posen, 1. Juli.

Das Posener Appellationsgericht verkündete das Urteil gegen den Abgeordneten Oberstleutnant a. D. Graebe, Studienrat Heinelck und die neun Geschäftsführer des von den polnischen Behörden heftig bekämpften Deutschtumsbundes. Das Urteil verwirft die Berufung und hält den Spruch der ersten Instanz aufrecht, wonach der Abgeordnete Graebe zu sechs Monaten Gefängnis, Studienrat Heinelck zu sechs Monaten Gefängnis und die übrigen Angeklagten zu Gefängnisstrafen von einem bis zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt werden. Die Angeklagten ließen sogleich nach der Urteilsverkündung Berufung gegen dieses neuerliche Tendenzurteil ankündigen.

Die Verurteilung erfolgte auf Grund des § 129 des polnischen Strafgesetzbuches wegen angeblicher Anmaßung von Amtsgewalt und Verhinderung von Gesetzen mit unzeitgemäßen Mitteln. Von der gleichfalls erhobenen Anklage der Spionage, des Hochverrats und der Vorbereitung des Hochverrats wurden sämtliche Angeklagten freigesprochen. Ferner hob der Appellationsgerichtshof die von der ersten Instanz gegen Heinelck und Schmidt verhängte Zusatzstrafe von je sechs Monaten Festung auf. Daß das Gericht den Angeklagten bestätigte, daß sie alle ihre Arbeit im Deutschtumsbund aus einem hohen Idealismus getan haben, verdient Erwähnung, nur muß hinzugefügt werden, daß diese Führer des Deutschtumsbundes auch aus Idealismus in keiner Weise strafbare Handlungen begangen haben. Gerechtigkeit wird ihnen daher erst dann zuteil, wenn die gegen sie erhobene Anklage kassiert wird!

Polizeibeamter erschossen.

Neue Ausschreitungen in Berlin. — 17 Personen verhaftet.

Berlin, 1. Juli.

Bei einem Zusammenstoß der Polizei mit demonstrierenden Kommunisten wurde in Berlin der 30jährige Polizeioberwachtmeister Kuhfeld, der Führer eines Ueberfallkommandos, erschossen. Oberwachtmeister Kuhfeld hatte den Auftrag, eine Ansammlung von etwa 800 Kommunisten, die von der Frankfurter Allee in das Stadtinnere marschieren wollten, zu zerstreuen. Als die Beamten erschienen, wurden sie von den Kommunisten mit Steinwürfen und etwa 40 Schüssen empfangen. Eine der ersten Kugeln traf den Führer des Kommandos, der kurze Zeit danach, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, verstarb. Oberwachtmeister Kuhfeld hatte einen schweren Bauchschuß erlitten. Die kommunistische Ansammlung wurde auseinandergetrieben. 17 Personen wurden verhaftet.

20 Studenten zwangsgestellt.

Neue Kundgebungen in Berlin. — Zwischenfälle auch in München.

In Berlin kam es vor der Universität, an der auch am Dienstag keine Vorlesungen gehalten wurden, erneut zu Kundgebungen. Studentische Gruppen brachten Hoch- und Niederrufe aus und versuchten, Lieder anzustimmen. Als die Anordnungen der Polizeibeamten vielfach nicht befolgt wurden, wurden 20 Studenten festgenommen. Ein Teil von ihnen wurde später wieder entlassen. Zu weiteren Zusammenstößen kam es zwischen nationalsozialistischen und republikanischen Studenten, die Flugblätter verteilten.

Weitere Zwischenfälle ereigneten sich in der Universität München. Dort protestierten nationalsozialistische Studenten gegen Professor Dr. Nawiaski. Als im Verlauf der Kundgebung die Gegner handgemein wurden, räumte die Polizei die Universität. Mehrere Personen wurden zwangsgestellt.

Kundgebung des Rektors der Berliner Universität.

— **Berlin**, 1. Juli. Der Rektor der Berliner Universität erließ an die Studenten einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Die Vorfälle des 27. und 29 Juni mit ihren feigen Ueberfällen auf wehrlose Kommilitonen, verbunden mit tätlicher Vergewaltigung meiner Beamten, rohen Sachbeschädigungen und schwerster Störung der arbeitswilligen Studenten zwingen Rektor und Senat dazu, etwaigen Wiederholungen solcher Ausschreitungen mit dem Einsatz aller staatlichen Machtmittel unnachsichtlich entgegenzutreten. Wegen der tätlichen Angriffe und Sachbeschädigungen haben Rektor und Senat strenge Untersuchung eingeleitet."

Das Stahlhelm-Volksbegehren.

Veröffentlichung des amtlichen Ergebnisses.

Der Preußische Landeswahlausschuß hat die Prüfung der Eintragungen zum Stahlhelm-Volksbegehren auf Auflösung des Preußischen Landtags beendet und die Zahl der gültigen Eintragungen auf 5 955 996 festgestellt.

Das Ergebnis der amtlichen Prüfung weicht von der vom Bundesamt des Stahlhelm errechneten und seinerzeit veröffentlichten Zahl von 6 031 310 um rund 75 000 Eintragungen ab. Wie behauptet wird, erklärt sich diese Differenz im wesentlichen durch Rechenfehler und irrige Uebertragungen, die bei der Ermittlung des Stahlhelms vorgekommen sein sollen. Ungültige Eintragungen sollen nur in ganz geringem Umfange festgestellt worden sein.

Mehrere Abrüstungskonferenzen?

Aussprache im Unterhaus. — Eine Erklärung des Lords Alexander.

In der mit einer Rede des Ministerpräsidenten Macdonald eingeleiteten Unterhausdebatte über die Abrüstungsfrage führte Abg. Noel Baker von der Arbeiterpartei im Fortgang der Beratungen aus, die Lage Europas erfordere erstens eine Verminderung der russischen Rüstungen und zweitens Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Frankreich und Deutschland. Diese sei allerdings unmöglich, solange Frankreich als mächtigste militärische Nation der Welt einem entwaffneten Deutschland gegenüberstehe.

Sir Austen Chamberlain sagte zur Frage der Seeabrüstung, wenn der Londoner Flottenvertrag ein Dreimächtevertrag bleibe, werde England auf die Vorbehaltsklausel zurückgreifen müssen, um sich von europäischen Seemächten nicht überflügeln zu lassen. Sollte die Abrüstungskonferenz zum Erfolge führen, so werde sie nur die erste einer großen Zahl von Abrüstungskonferenzen sein.

Namens der Regierung schloß der Erste Lord der Admiralität, Alexander, die Debatte, wobei er Chamberlains Auffassung zustimmte, daß die internationale Abrüstungskonferenz nur die erste einer Reihe von Konferenzen sein werde.

Beim Baden verhaftet.

Neuer deutsch-polnischer Grenzzwischenfall.

Wie aus Marienwerder berichtet wird, ereignete sich an der Weichselgrenze ein neuer deutsch-polnischer Zwischenfall. Ein Beamter des gemischten Deichausschusses, der als solcher zum Ueberschreiten der Grenze berechtigt ist, wurde von einem polnischen Grenzbeamten beim Baden in der Weichsel verhaftet und mit seinen beiden Söhnen, die sich in seiner Begleitung befanden, abtransportiert. Als der Beamte, dessen Name Martins lautet, dem polnischen Grenzwächter seine Ausweise und die Grenzpassierscheine vorzeigen wollte, soll der polnische Beamte alle Einwendungen damit abgetan haben, er könne die Scheine nicht lesen! Die Behörden bemühten sich sofort um die Freilassung Martins.

Nordlandfahrt „Graf Zeppelins"

Unterwegs nach Island.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist mit zwölf Passagieren unter Führung von Dr. Eckener zu seiner mehrtägigen Nordlandfahrt, die bis Island führen wird, aufgestiegen. Der Aufstieg erfolgte bei prächtigem Sonnenschein. Das Luftschiff nahm sofort nördlichen Kurs.

Unter den zwölf Passagieren befinden sich Dr. Soltau von der Deutschen Seewarte Hamburg, Kapitän Schmidt von der USA Navy, ferner die holländischen Schiffskapitäne Ter Marsch und Sorgdrager sowie Dr. Eckeners Tochter, Lotte Eckener, und die Gattin des Kapitäns von Schiller. Das Luftschiff wird nach einer Aeußerung Kapitäns Lehmann am Mittwochmittag Island bzw. Reykjavik erreichen, wo ein Postaustausch ohne Zwischenlandung erfolgen wird. Bei dem Rückflug wird „Graf Zeppelin" seinen Weg vermutlich über Norwegen und die Nordseeküste nehmen, um in Friedrichshafen im Laufe des Freitags wieder einzutreffen.

Die Weltflieger in Alaska.

Den Ozean zum zweiten Male überflogen.

— Neuyork, 1. Juli.

Die amerikanischen Weltflieger Post und Gatty sind nach abermaliger Ueberquerung des Ozeans auf Alaska eingetroffen. Nach einer Zwischenlandung in dem Fischerdorf Solomon, 36 Meilen von Nome, sind sie in Fairbanks gelandet. Sie haben die 2400 Meilen lange Strecke von Khaborowsk in Sibirien bis Solomon in 16 Stunden und 45 Minuten, also mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von rund 150 Meilen zurückgelegt.

Die beiden Flieger haben auf ihrem Fluge um die Welt eine Strecke von etwa 18 600 Kilometern in sechs Tagen und siebzehn Stunden zurückgelegt. Bis Neuyork sind es noch weitere 6500 Kilometer, die die Flieger in 27 Stunden reiner Flugzeit zurücklegen könnten. Wenn keine Unfälle oder Vorgänge, die eine Verzögerung notwendig machen, eintreten, können die Flieger ihren Weltflug in weniger als zehn Tagen vollenden.

Russisches Boot beschießt ein japanisches Fahrzeug.

* Ein russisches Patrouillenboot feuerte vor der Küste von Kamtschatka auf ein japanisches Fischerfahrzeug, das einen Treffer erhielt, aber fliehen konnte. Von der Mannschaft wurde niemand verletzt.

Verschiedenes.

Sieben billige Tage am schönen Rhein gegen eine Pauschalsumme von 58.—M,

welche jede Woche an Sonntagen beginnend (bis Ende August) stattfinden, haben auch in diesem Jahre großen Anklang gefunden. Aus allen Gauen Deutschlands treffen jeden Sonntag neue Gäste ein, welche die Schönheiten des Rheins und Taunus bewundern.

In der Pauschalsumme sind alle Ausgaben enthalten: Unterkunft und Verpflegung, Fahrten mit Auto, Dampfer und Bahn. Täglich Ausflüge nach Koblenz, Rüdesheim, Niederwald, Schlangenbad, Eltville, Eppstein (die nassauische Schweiz), Schläferskopf usw. Fachmännische Führung. Gesellige Abende. Ausführliches Programm (auch an Nichtmitglieder) gegen Rückporto versendet die Geschäftsstelle des Evangelischen Bundes in Wiesbaden, Klarenthalerstraße 2.

Hinweis.

Hospize, Kranken- und Erholungshäuser, aber auch jede Haushaltung legt Wert auf den Bezug eines wirklich guten Tees. Es ist daher zu empfehlen, die heutige Teeanzeige D. Kappernagel, Stapelmoor, einer besonders gründlichen Beachtung zu würdigen.

Bethel.

Portemonnaie mit kleinem Inhalt gefunden.
Musche, Saronweg 30.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel

Voll Freude melden aus Afrika die Geburt ihres zweiten Kindes

Hans Henning

Hanna und Karl Wohlrab
geb. Hennig

Mlalomission, P. O. Lushoto, Ost-Afrika.

Liebhaber-Photographen
decken ihren Bedarf in der
Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik
ERNST DAVID
gegründet 1885
prämiiert mit Ehrendiplom und goldner Medaille
liefert als Spezialität die von den
Posaunen-Chören
bevorzugten Flügelhörner (System Kuhlo) sowie in bester Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch Pastor Kuhlo in seinen „Posaunenfragen" – Seite 20–26
Katalog und Preisliste gratis.

Fräulein, 31 Jahre alt, als Kassiererin und Kontoristin tätig gewesen, perfekt in Stenographie und Schreibmaschine, sucht
Stellung
in christlichem Heim oder Anstalt der Inneren Mission. Würde für Reichsgottesarbeit gern meine Schreibmaschine zur Verfügung stellen. Freie Station und kleine Vergütung. Angebote erbittet
Helene Hischer, Swinemünde, Mühlen-Str. 20.

Es finden einige
Ruhe- und Erholungsbedürftige
liebevolle, gute Aufnahme und Verpflegung. Einf., saub., sonniges Haus. Beste frische und tiefgekühlte Milch jederzeit. Auf Wunsch Diät. Aeußerst preiswert.
Landw. Schröder, Wöhren, Post Blomberg (Lippe).

Der „Aufwärts" liegt auf
im Evangel. Erholungsheim **Hasliberghaus Goldern,** Berner Oberland, in herrl. windgeschützter Sonnenlage (1060 m) angesichts von Gletscher u. Schneebergen, mitten in Gärten, Wiesen u. Wäldern. Sorgfält. Verpflegung, traul. Familienleben. Tagespr. von 7 Fr. an. Ill. Prospekt vom
Hausvater Dr. R. Burckhardt. Pfr.

Empfehle
Damenstrümpfe u. Herrensocken
mit Plüschsohle für empfindliche Füße mit kleinen Wirkfehlern
à Paar 25 Pfennig
Ottomar Seligmann
Thalheim i. Erzgeb.
Vertreter gesucht.

Der „Aufwärts" liegt auf im Christl. Erholungsheim „Bethanien", Deckbergen, Weserberge, und wird von sämtlichen zur Kur weilenden Gästen gern gelesen.
Ruhebedürftige
Organ- u. Nervenschwache
finden dort in der ozonreichen Weserbergluft recht schnelle Erholung und Kräftigung. Junger Tannenwald mit schönen Wegen und Liegeplätzen, Luftbad, große Liegewiese, alles direkt am Hause. Pens. RM 3,75 bei guter Verpfl. Keine Nebenkosten. Prosp. frei.

Vorzüglichen
Erholungsaufenthalt
bietet das im Weserbergland gelegene **Erholungsheim im Solling bei Dassel.** Sehr schöne Höhenlage, inmitten herrlicher Laub- und Fichtenwälder. Licht-, Luft- und Sonnenbäder. Gelegenheit zur Stille unter dem Wort Gottes. Ermäßigte Preise. Prospekte kostenlos. Anfr. an Friedr. Gramm.

Durch Kontrolle des vereidigten Chemikers Dr. Bodinus, Bielefeld, ist die Echtheit meines
Bienen-Blüten-garant. Honigs
Dose 9 Pfd. netto 10.40 RM, vorwiegend Klee-Lindenblüte 12.20 RM, halbe Dose 5.90 RM und 6.90 RM, 1½ Pfd. netto 1.90 RM und 2.10 RM frei Haus. Nachn. 30 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme.
Krieger, Borgeln 2, Kr. Soest.
Dieser Honig ist auch in Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.

Tee
feinste ostfriesische Mischungen in 3 verschiedenen Preislagen.

Nr. 2 Postpaket	9 Pfd.	34,00 RM		
„ „ „	5 „	19,50 „		
„ „ Päckchen	3 „	12,00 „		
Nr. 1 Postpaket	9 „	38,00 „		
„ „ „	5 „	21,50 „		
„ „ Päckchen	3 „	13,00 „		
Nr. Ia feinste Blütenmischung Postpaket	9 Pfd.	42.00 RM		
„ „ „	5 „	24,00 „		
„ „ Päckchen	3 „	15,00 „		

Beste Bezugsquelle für Pensions- und Erholungshäuser.
alles franko jed. deutsch. Poststation
D. Kappernagel
Stapelmoor b. Weener (Ostfriesland)

Sommerfrische Herrnhut i. Sa.
Anfragen an Paul Weiler, Herrnhut

Klavier
gut erhalten, zu verkaufen
Bielefeld, Mittel-Str. 59.

Nordseebad Langeoog
Christl. Erholungsheim „Bethanien"
Arbeitszweig des Diakonie-Vereins „Bethanien"
Solingen-Aufderhöhe
Familiärer Gemeinschaftskreis. Andachten und Versamml. im Hause. Anerkannt gute Verpfleg. Mäßige Preise, besonders in der Vor- und Nachsaison. Das Heim liegt in der Nähe des Badestrandes. Anmeldungen an Schw. Marie Rießner, Christl. Erh.-Heim „Bethanien", Langeoog/Nordseebad.
Postscheckk.: Amt Essen Nr. 20502.

Trinkerrettungsanstalt
Blaukreuzhof
Hamm (Westf.) Land
Gründungsjahr 1906
Fernr.: Uentrop 32 Fernamt Hamm
Postscheckkonto: Dortmund 3142

Schwermütige, Verzagte, Erholungsbedürftige und solche, **die in geistiger Not sind,** finden freundliche Aufnahme zu mäßig. Preise im
Erholungsheim Haus Friedensruh
in **Laufen/Eyach, O/A Balingen** (Württbg.) Sommer und Winter geöffnet. Anfragen sind zu richten an die **Leitung des Hauses.**